

## Zeiten des Umbruchs



Das Musikstück „Stella – das Gespenst vom Kurfürstendamm“ war die Auftaktveranstaltung der diesjährigen Duisburger Akzente. (Foto: Matthias Heyde)

**Zum 38. Mal präsentieren sich in diesem Jahr die Duisburger Akzente – ein Kulturfestival, das sich über das Ruhrgebiet hinaus einen Namen gemacht hat. Mit dem diesjährigen Thema Umbrüche wird nicht nur der kulturelle Wandel thematisiert, sondern auch gesellschaftliche und politische Veränderungen kulturell aufgearbeitet. Bis zum 26. März wird es rund 110 Veranstaltungen dazu geben.**

Es ist ein ungewöhnlicher Ort für eine Opern-Aufführung: Ein breites, weißes Festivalzelt, das sich auf einer 25.500 Quadratmeter großen, brachen Fläche nahe des Duisburger Rathauses befindet. Das sogenannte Mercator-Viertel ist in diesem Jahr einer der Spielorte der Duisburger Akzente. Hier soll ein neues Altstadtquartier entstehen. Somit ist das Gelände repräsentativ für das Thema der Akzente – Umbrüche – da es sich ebenfalls mitten in einem Wandel befindet. Veranstalter\*innen des Festivals sind das Duisburger Dezernat für Familie, Bildung und Kultur und die Duisburger Kulturbetriebe. Getragen wird das Festival außerdem alljährlich von zahlreichen städtischen und nicht-städtischen Kultureinrichtungen.

### Auftaktveranstaltung als Wegweiser

Als Auftaktveranstaltung haben sich die Macher\*innen der Akzente für das Musikstück *Stella – das blonde Gespenst vom Kurfürstendamm* der Berliner Neuköllner Oper entschieden. Ein Stück, das Umbrüche sowohl inhaltlich thematisiert als auch Bühnenbildtechnisch inszeniert. Berlin 1943: Stella ist eine erfolgreiche Sängerin, aber sie ist auch Jüdin – selbst wenn sie sich nicht wie eine fühlt. Um ihre Eltern vor der Deportation ins Konzentrationslager zu bewahren, stellt sie sich für die Gestapo als „Greiferin“ zur Verfügung – sie liefert andere Jüd\*innen an die Nazis aus. „Stella“ thematisiert Brüche der

deutschen Geschichte und stellt eine zerrissene, widersprüchliche Frau in den Mittelpunkt“, beschreibt der Leiter des Festivalbüros, Frank Jebavy, die auf wahren Begebenheiten basierende Geschichte. Das Bühnenbild ist ziemlich unkonventionell: Eine Art Glaskasten mit verschiebbaren Öffnungen dient als Bühne, auf einer Leinwand am oberen Ende werden Bilder und Steckbriefinformationen der Protagonist\*innen sowie Live-Kameraaufnahmen eingeblendet, die während der Vorstellung gemacht werden. Ein Bruch mit traditioneller Oper.

Das Stück steht repräsentativ für die gesamten Duisburger Akzente: Umbrüche, sowohl gegenwarts- als auch vergangenheitsbezogen, werden künstlerisch thematisiert und aufgearbeitet. Nachdem sich die Akzente in den vergangenen beiden Jahren lokalen und regionalen Themen gewidmet hatte (2015 *Heimat* und 2016 *300 Jahre Duisburger Hafen*), wollten sich die Veranstalter\*innen dieses Mal einem globaleren Thema zuwenden: „Im Gespräch über den arabischen Frühling, den Krieg in Syrien sowie seine Folgen wie Flucht und Vertreibung, aber auch über technologische Umwälzungen und ihre Folgen für Arbeitswelt und Gesellschaft hat sich der Titel Umbrüche herauskristallisiert“, erläutert Jebavy.

Veranstaltungen wie *Coming home to Syria* oder ein Filmprojekt von geflüchteten Akademiker\*innen sind zwei Beispiele, bei denen sich mit Migration auseinandergesetzt wird. Aber auch der 500. Jahrestag der Reformation hat die Entscheidung beeinflusst. Damit soll ein Bogen gespannt werden; vom maßgeblichen Wandel der Geschichte über Veränderungen in der modernen Welt bis hin zu Umbrüchen im Alltag. Kritisch auseinandergesetzt wird sich mit Martin Luther und der „dunklen Seite der Reformation“, nämlich mit seinen Äußerungen über Jüd\*innen, Türk\*innen und Bäuer\*innen. Luther galt als Antisemit, äußerte sich mehrfach

### Kritik an Wohnheimsituation



Warum das Studierendenwerk aktuell vor allem wegen seiner Wohnheime in der Kritik steht, lest ihr auf **Seite 3**.

### Parteien im Portrait



Am 14. Mai sind Landtagswahlen in NRW. Diesmal blicken wir in das Wahlprogramm der SPD. **Seite 4/5**

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell](https://www.facebook.com/akduell) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

über die angebliche Gefahr, die von den Türk\*innen ausging und sprach sich während des Bauernkrieges für ein härteres Vorgehen gegen die Aufständischen aus.

### Ein spartenübergreifendes Kulturfestival

Für Frank Jebavy besteht die Aufgabe der Akzente darin, ein spartenübergreifendes Kulturfestival zu sein, das in Zusammenarbeit mit städtischen und nicht-städtischen Initiativen und Einzelkünstler\*innen zu organisieren sei: „Die Akzente haben in den letzten Jahren verstärkt Projekte mit Initiativen gesucht und Projekte oft auch an ungewöhnlichen Orten entwickelt“, sagt er. Veranstaltungen, die sich mit der Schaffung von mehr soziokulturellen Freiräumen in Duisburg auseinandersetzen, bietet das Programm der Akzente jedoch nicht. Kulturell vielseitig ist es dennoch: Das Akzente-Theatertreffen ist ebenso präsent, wie freie Produktionen, sowie Ausstellungen und Lesungen. Zusätzlich gibt es Konzerte, Filme und Vorträge. Bei einem Projekt kann sogar selbst mitgewirkt werden: Beim *Kick Off Duisburg 17* soll im Verlauf des Jahres bis zum Sommer 2017 ein mobiles Fotoalbum entstehen, an dem Menschen mit ihren persönlichen Bildern vom Umbruch teilnehmen können. [rat]

# Beschlossener Haushalt, hitzige Debatten

## Kommentar

### Geht's noch?

von Mirjam Ratmann

Das in Essen ansässige Klamottenlabel Naketano gilt als hip und cool, besonders bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Aber ist es noch hip, wenn beispielsweise Männerartikel „Tadellos abgespritzt“, „Muschlüsterer“ oder „Stuck on pussy“ heißen? Ist es cool, wenn Pullover für Frauen „Versehentlich reingesteckt“, „Spreiz mal mit Gemütlichkeit“ oder „Gezielt poppen“ betitelt werden? Klare Antwort: Nein!

Zu Recht war der Aufschrei in den Medien in den vergangenen Wochen groß. In Sozialen Medien hingegen sind die Meinungen geteilt: Während die einen die Namen „witzig“ finden und fragen „ob man nicht größere Probleme hätte“ und „seit wann denn alle so prüde geworden wären?“, sind andere empört und wütend. Naketano selbst äußerte sich zu den Sexismus-Vorwürfen bisher nicht, man rede generell nicht mit der Presse.

Auf ihrer Website verweisen sie hingegen auf ihre „künstlerische Freiheit“: „Es soll sich durch unsere Produktnamen niemand vor den Kopf gestoßen fühlen“, heißt es dort. Wirklich? Sitzen denn da pubertierende Jugendliche in der Marketing-Abteilung? Genauso nämlich klingen die Artikelnamen: pubertär, abstoßend und absolut nicht witzig. Ausgerechnet ein Label wie Naketao, das eine junge Zielgruppe anspricht, sollte es besser wissen.

Sexismus fängt in der Sprache an – was gesagt wird, wird in der Regel auch gedacht und verbreitet. Es ist genau diese Sprache, die in Zeiten, wo Rape-Culture allgegenwärtig ist und die „Schluss-mit-Political-Correctness“-Bewegung stetig Zulauf erhält, dafür sorgt, dass sexualisierte und gewaltverherrlichende Sprache wieder gesellschaftstauglich wird. Wahrscheinlich ist es auch das, was sich Naketano davon verspricht: einerseits mehr mediale Aufmerksamkeit, aber andererseits auch ein Zeichen zu setzen gegen Political Correctness, gegen vermeintlichen „Über-Feminismus“ und gegen „überzogene“ Sexismus-Debatten.

Aber Sexismus und allen voran sexualisierte Gewalt darf nicht verharmlost gesprochen werden. Sie dürfen nicht noch alltäglicher werden. Und vor allem dürfen sie in unserem alltäglichen Sprachgebrauch nicht noch mehr als sowieso schon toleriert werden. Das hat auch damit nichts zu tun, „prüde“ oder „verklemmt“ zu sein, sondern mit gesundem Menschenverstand. Einige Käufer\*innen haben das wohl auch begriffen, zumindest ließen sie auf Facebook verlautbaren: „Früher gem gekauft, jetzt nie wieder“.



Es wurde heiß diskutiert: Vergangenen Donnerstag tagte das StuPa. (Archivfoto: fro)

**Bei Pizza und Bier debattierten die Parlamentarier\*innen des Studierendenparlaments (StuPa) in einer Sitzung am Donnerstag, 9. März, im AStA-Keller am Duisburger Campus. Nachdem der Haushaltsplan bereits in einer vorherigen Sitzung diskutiert wurde (akduell berichtet), nahm ihn das Parlament nun mit einigen Änderungen an. Außerdem gab es eine hitzige Extremismusdebatte.**

Nach einer Resolution zu fairem Umgang mit studentischer Presse, der von den Parlamentarier\*innen einstimmig angenommen wurde, stellte ein Mitglied der sich als linksradikal bezeichnenden Gruppe Crème Critique einen Antrag vor. Sie planen derzeit zwei Veranstaltungen gegen den AfD-Bundesparteitag in Köln im Duisburger Djazz und baten das StuPa um finanzielle Unterstützung. Dabei gab es vor allem zwischen den AStA-tragenden Listen Meinungsverschiedenheiten. Nachdem Dominik Büddeker (LHG) zum Ausdruck brachte, dass Linksradikale faschistisch agieren würden und für 100 Millionen Todesopfer verantwortlich wären, empfahl ihm Nadine Bendahou (IL) Geschichtsunterricht. Im Hinblick auf den Rechtsruck sei eine Unterstützung emanzipatorischer Projekte sehr wichtig, so Bendahou. Zuspruch erhielt der LHG-Parlamentarier aus den Reihen des RCDS. „Wir sind gegen beide extremistische Positionen“, ließ Felix Wellern verlauten.

Auch wenn sich Bendahou nicht mit allen Zielen von Crème Critique identifizieren könne, sei die Gruppe wegen ihres Engagements gegen rechte Parteien wie der AfD zu unterstützen. Alexander Steffen (LHG) und Christian Weidkamp (RCDS) widersprachen indes. Die Studierendenvertretung habe sich schon ausreichend gegen die AfD positioniert. Trotz Ablehnung seitens LHG, RCDS und Unabhängiger Demokraten sowie größtenteils Enthaltungen bei den Antiheldern, wurde der Antrag angenommen.

Erneut kamen auch die Konfliktlinien zwischen den AStA-tragenden Listen zur Sprache. Fynn Fischer (Jusos) hakte nach, wie die LHG einen Antrag der linksradikalen Crème Critique ablehnen, mit Bendahou als Landessprecherin der Linksjugend solid aber eine Koalition eingehen könne. Er sprach von einer „Doppelmoral“.

Schließlich habe sich die Vorsitzende in einem Interview mit Robin Dullinge, der auch für die akduell tätig ist, in der *Jungle World* für den Kommunismus und kritisch gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung positioniert. Letzteres ist die Grundlage, die sich die AStA-Koalition als gemeinsamen Nenner gesetzt hatte (akduell berichtet).

### Haushalt beschlossen, KKC-Sanierung geplant

„Wir begrüßen, dass die Änderungen im Haushaltsplan übernommen wurden“, lobt Marcus Lamprecht (GHG), der die Verbesserungen im Bereich der Sozialpolitik besonders positiv hervorhebt. Beispielsweise sollen die Bereiche Sozialhilfe und Härtefälle stärker als im ersten Entwurf unterstützt werden. Das StuPa bestätigte den Haushalt einstimmig. Die Opposition kritisiert allerdings weiterhin die Finanzierung der Autonomen Referate. In der vergangenen StuPa-Sitzung wurde beschlossen, dass diese künftig nicht mehr nach Bedarf finanziert werden. Nun wird jedem Autonomen Referat pauschal ein Betrag von 7.500 Euro pro Haushaltsjahr zugesprochen.

Weitere Kosten für den AStA könnten auch durch die notwendige Sanierung des Kunst- und Kulturcafés (KKC) entstehen, das seit Herbst 2015 geschlossen ist. Inklusive Risikorücklagen würden sich die Kosten auf 3,7 Millionen Euro belaufen. Demnächst stünden Gespräche mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb und dem Studierendenwerk an. Prinzipiell sei der AStA bereit, sich auch finanziell an der Sanierung zu beteiligen.

Nachdem sich die nordrhein-westfälische CDU und FDP für eine Wiedereinführung von Studiengebühren ausgesprochen hatten, beschloss das StuPa mehrheitlich, sich dagegen zu positionieren. Während Bendahou postuliert, „Bildung [dürfe] keine Ware sein“, weisen LHG und RCDS auf eine Berechtigung von Studiengebühren, die nach dem Abschluss zurückgezahlt werden solle, hin. Auch bezüglich der Thematik rund um Studiengebühren gibt es innerhalb der AStA-Koalition also Meinungsdivergenzen. Trotzdem wurde der Antrag der Oppositionsparteien, vor den Geschäftsstellen der CDU und FDP zu protestieren, mit großer Mehrheit angenommen. [fro]



# Kritik am Studierendenwerk wächst

**In der Vergangenheit stand das Studierendenwerk Essen-Duisburg bereits mehrfach in der Kritik (akuell berichtete) und noch scheint kein Ende in Sicht. Stetige Mieterhöhungen, teils unzureichende Wohnzustände und ganze Wohngemeinschaften, die nach Herkunftsländern belegt werden. Die studentischen Vertreter\*innen setzen sich aktuell im Senat, in der Diversity Management Kommission (DiM) sowie im AStA für ihre Kommiliton\*innen, die in Wohnheimen des Studierendenwerks untergebracht sind, ein.**



Vor allem in punkto Wohnheime steht das Studierendenwerk momentan in der Kritik. (Foto: caro)

Obwohl das Studierendenwerk im Bezug auf die Mieterhöhung vom Februar 2016 noch an die Studierenden schrieb, „die durch die Sanierungen entstandenen Kosten werden langfristig helfen, die Mietpreise zu stabilisieren“, hieß es Anfang 2017 erneut: 20 Euro draufzahlen. „Das Ergebnis der Nachkalkulation der Mieten in den Studentenwohnheimen, auf Grundlage der tatsächlich angefallenen Kosten und Mieteinnahmen 2015, ist negativ“, so die neue Begründung. „Kostensteigerungen für Strom, Entwässerung, Straßenreinigung und Abfallbeseitigung“ seien ausschlaggebend für die neu angesetzten Mieten, so Johanne Peito, Verantwortliche für Kommunikation und Kultur im Studierendenwerk.

Die Studenten Martin\* und Tim\* fühlen sich hintergangen: „Die Mitteilungen über die Mieterhöhungen kamen immer erst, nachdem eine Kündigung nicht mehr möglich war“, so Martin. Da es keine Sonderkündigungsfristen gebe, habe man sich nicht wehren können.

Peito entgegnet jedoch, die Wohnheimverwaltung habe bei vorzeitigen Aus- beziehungsweise Umzügen geholfen. Auch erklärt sie: „Das Studierendenwerk ist laut §12 Abs. 2 StWG dazu verpflichtet, seine Wohnanlagen so zu bewirtschaften, dass die Mieteinnahmen die Gesamtkosten decken.“ Deshalb sei man gezwungen gewesen, die Mieten zu erhöhen. Informationsveranstaltungen zu den Hintergründen der Erhöhungen sollen in Kürze in den Wohnheimen angeboten werden. Warum diese nicht schon vor den Maßnahmen stattfanden und welchen Nutzen sie jetzt noch haben, bleibt offen. Da man die Mietkalkulation im Verwaltungsrat offengelegt habe, liege der Mieterhöhung „ein transparenter, wohlüberlegter Prozess zugrunde, in dem die Studierendenschaft über ihre Repräsentanten involviert wurde.“ Weitere Mieterhöhungen seien nicht geplant.

## Internationaler Austausch wird erschwert

Das Studierendenwerk zeige sich stolz, dass es so viele internationale Studierende beherberge, so Corinna Kalkowsky, Mitglied im Senat, in der DiM und Parlamentarierin für die Antihelden. Allerdings werde hierbei ausgelassen, dass diese es auf dem freien Wohnungsmarkt deutlich schwerer haben. In der Senatssitzung vom 3. Feb-

ruar kritisierten die studentischen Vertreter\*innen bereits „die nach Kulturkreisen sortierte Belegung der Wohnheime“. Es gebe Berichte, Wohngemeinschaften als auch ganze Stockwerke seien nach Herkunftsländern sortiert. Sabina de Castro, Geschäftsführerin des Studierendenwerks, beteuerte daraufhin, Wünsche internationaler Studierende versuche man zu berücksichtigen und generell sei man um eine „gute Durchmischung der Wohnheime bemüht.“ Dem widerspricht jedoch der Wohnheimaufnahmeantrag, der besagt, „Programmstudierende und Gäste [hätten] leider keinen Einfluss darauf, wo sie untergebracht werden“.

Peito erklärt, „Programmstudierende und Kurzzeitstudierende mit weniger als einem Semester Studienzeit werden gemeinsam untergebracht, da die hohe Fluktuation andernfalls zu Unzufriedenheit und Beschwerden seitens der regulären Studierenden führt“. Worauf diese Annahme basiert, wird nicht spezifiziert. Erasmus-Studentin Sofia\* bestätigt: alle Erasmus-Studierenden seien im Wohnheim in der Meistersingerstraße in Essen untergebracht. Zugleich bemängelt sie diesen Zustand aber, „weil wir keine Gelegenheit hatten, deutsche Leute kennen zu lernen“.

Obwohl im vergangenen Jahr bereits der positiv aufgenommene Vorschlag gemacht wurde, internationale Studierende könnten in Zukunft Wünsche angeben, ob sie in internationalen Wohngemeinschaften leben und mit welchem Geschlecht sie zusammen wohnen möchten, ist dies bisher nicht in die Tat umgesetzt worden. Peito hält dagegen: „Studierende können Wünsche angeben, mit wem sie zusammen wohnen möchten. Eine geschlechterspezifische Belegung wird in 98 Prozent der Fälle gewünscht und realisiert.“ Auf dem Anmeldeformular befindet sich hierzu aber nach wie vor kein eigener Eintrag, sondern lediglich ein Feld für allgemeine Bemerkungen.

Da sich die internationalen Studierenden aufgrund ihrer Wohnsituation zumeist im eigenen Kulturkreis bewegen, finden die studentischen Senator\*innen, dass dem Auftrag zur Förderung des internationalen Austauschs des Studierendenwerks nicht nachgekommen wird. Zwar habe das Studierendenwerk ein Wohnheimtutor\*innenprogramm auf den Weg gebracht, das positiv angenommen werde, aber noch nicht ausreichend sei. Hier findet sich auch die Kritik an mangeln-

dem studentischen Freiraum wieder. Neben dem geschlossenen Kunst- und Kulturcafé (KKC) seien auch in den meisten Wohnheimen die Gemeinschaftsräume nicht zugänglich oder in einem schlechten Zustand.

Das Studierendenwerk weist diese Vorwürfe zurück. Die Tutor\*innen würden ein Freizeit- und Veranstaltungsprogramm bieten. Weiter wird auf das Komm In!-Büro in Duisburg verwiesen: „Dort unterstützen wir internationale Studierende bei der Kommunikation mit Behörden (...), bei der Orientierung an den Hochschulen sowie in den Städten Duisburg, Essen, Mülheim und Bottrop und beim Einleben in Deutschland.“

## Unterstützung für Studierende – wie geht's weiter?

Aus Gesprächen mit Studierenden gewann Kalkowsky wiederholt den Eindruck, dass viele sich nicht trauen oder nicht wissen, wo und wie sie sich beschweren und Hilfe holen können. Es sei darum umso wichtiger, deutlich zu machen, in welchen Gremien sich studentische Vertreter\*innen für die Belange der Studierenden engagieren.

In der DiM werde der Handlungsbedarf insbesondere in Bezug auf die internationalen Studierenden von allen geteilt, so Kalkowsky. Kritik komme nicht nur von Studierenden. Professorin Anja Weiß etwa kritisierte den Zustand des internationalen Gästehauses. Zudem wurde der Wunsch nach mehr Unterstützung durch das Rektorat geäußert. Über Prorektorin Evelyn Ziegler wurde deshalb eine Informationszusammenstellung an das Rektorat weitergegeben. Des Weiteren sei ein Gespräch mit dem Kanzler geplant, „um die Problematik noch mal zu verdeutlichen“, so Kalkowsky. In der Senatssitzung einigte man sich aus Zeitmangel darauf, dass die studentischen Senator\*innen noch ausstehenden Fragen zur Situation in den Wohnheimen per E-Mail an de Castro schicken können. Ein Gespräch bot sie ebenfalls an.

Der AStA hat sich indes ebenfalls der Problematik angenommen und plant Gespräche. De Castro solle ins Studierendenparlament eingeladen werden; eine wohnheimübergreifende Facebook-Gruppe soll Beschwerden und Erfahrungen an einer Stelle sammeln. [caro]

\*Namen der Redaktion bekannt.

# Neuer Anlauf mit alten Themen

**Am 14. Mai stehen in NRW die Landtagswahlen an. Aktuell bildet eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Landesregierung. Nachdem wir in der vergangenen Ausgabe das Wahlprogramm der Grünen vorgestellt haben, präsentieren wir in dieser Ausgabe, wie sich die SPD unter anderem in punkto Bildung, Arbeit und Migration positioniert und was die NRW Jusos dazu sagen.**

Wie die Grünen stellt sich auch die SPD klar gegen Studiengebühren, wie sie die CDU und FDP nun wieder fordern. So steht im Programm zur Landtagswahl: „Studiengebühren bleiben in NRW abgeschafft“. Auch der Landesvorstand der NRW Jusos betont auf Anfrage der aktuell: „Studiengebühren sind immer eine Zugangshürde für Studierende. Diese konnte die rot-grüne Landesregierung wie versprochen 2011 abschaffen. Uns ist daran gelegen, dass alle Menschen die Möglichkeit bekommen die Ausbildung zu wählen, die er oder sie möchte.“ Bei einer Regierungsbildung von FDP und CDU könne man laut NRW Jusos hingegen nicht davon ausgehen, auch ohne Studiengebühren weiter studieren zu können. Was allerdings dabei berücksichtigt werden sollte: Der Abschaffung der Studiengebühren 2011 mussten erst intensive Bildungsproteste von Studierenden vorangehen.

## Mehr Gleichstellung sowie Plätze in Kita und Masterstudiengängen

Bis 2020 sollen nach Angaben der SPD über fünf Millionen Euro in die Hochschulen und Unikliniken investiert werden. Einerseits, um die Infrastruktur zu verbessern und Modernisierungen zu ermöglichen, andererseits, um ausreichend Masterplätze anbieten zu können und Teilzeitstudiengänge sowie Kindertagesstätten weiter auszubauen. Neben den beiden zuletzt genannten Punkten soll auch die Gleichstellung an den Universitäten verbessert werden. Die Thematik „ist in allen Bereichen der Hochschule ein extrem wichtiges Thema. An allen Hochschulen in NRW gibt es mehr Professoren als Professorinnen, obwohl es oftmals mehr weibliche Absolventinnen gibt. Diese Situation ist für uns nicht hinnehmbar, weswegen wir verstärkt Frauen in der Wissenschaft fördern“, so die NRW Jusos. Besonders im Bereich der Medizin herrsche eine große Geschlechterungleichheit an den Universitäten. Das bestätigt auch der Gender-Report 2016, wonach der Anteil an Professorinnen\* in NRW bei weniger als 20 Prozent liegt. (aktuell berichtete)

Eine Angabe zum Umgang mit den an Universitäten viel diskutierten Drittmitteln, also der Finanzierung von Forschung durch private Unternehmen oder Investor\*innen, findet sich im Wahlprogramm der SPD nicht. Für den Landesvorstand steht jedoch fest: „Wir als NRW Jusos lehnen Drittmittel an den Hochschulen ab, wenn sie eine wirtschaftliche Abhängigkeit erzeugen. Wir wollen eine Wissenschaft, die sich frei entfal-

ten kann und auch kritisch gegenüber der Wirtschaft sein kann“. Zwar müssten Hochschulen ausfinanziert werden, dies sei jedoch Aufgabe des Bundes und des Landes, nicht der Privatwirtschaft.

## Ausbau des Mindestlohns

Im Hinblick auf die Arbeitspolitik betont das Wahlprogramm immer wieder die vermeintlichen Errungenschaften der vergangenen Legislaturperiode. Dabei fallen vor allem die Begriffe „Mindestlohn“ und „Leiharbeit“. So heißt es im Programm: „Durch den Mindestlohn und die Regulierung der Leiharbeit haben wir die prekäre Beschäftigung bereits zurückdrängen können.“ Die NRW-Jusos kritisieren aber, dass damit die sozialdemokratischen Ziele noch nicht erreicht seien. So könne durchaus darüber gestritten werden, warum Leiharbeitnehmende erst nach neun Monaten einen Anspruch auf gleiche Bezahlung hätten. Laut Wahlprogramm wolle man außerdem „Anreize dafür stärken, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln“, und auch die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen. Letzteres und der Mindestlohn dürften dabei auch für Studierende interessant sein.

So gelten die Verträge als studentische Hilfskräfte oft nur für ein bis zwei Semester, manchmal sogar nur 3 Monate, was bei Studierenden für eine erhebliche Planungsunsicherheit sorgt. Ob nun auch diese Verträge von einer Abschaffung der Befristung profitieren könnten, ist jedoch nach Aussage des Landesvorstands der NRW Jusos unklar: „Es [gibt] noch einige offene Fragen, die in der Zukunft zu klären sind. Auch bei der Einstellung von studentischen Hilfskräften stellen sich diese Fragen.“

Auch vom Mindestlohn können Studierende aufgrund von Ausnahmeregelungen nicht immer profitieren. „Ausnahmen beim Mindestlohn wur-

den auf Verlangen des Koalitionspartners eingefügt [Anm. d. Redaktion: gemeint ist die Union um Bund]. Der ursprüngliche Mindestlohnentwurf der SPD sah anders aus. Dementsprechend wird die SPD – sofern sie die nächste Regierung stellt – alle Mindestlohnexemptionen nochmal auf den Prüfstand stellen“, so der Landesvorstand der NRW-Jusos. Gleichzeitig betonen sie auch, dass dies jedoch nur in einer Regierung ohne Beteiligung der CDU/CSU sinnvoll sei. Warum man nicht auch gegenüber der Union als Koalitionspartner die eigene Position verstärkt einbringen könne, klingt in diesem Zusammenhang bereits nach vorausschauendem Koalitionspoker.

Ein wenig überraschend ist die Hervorhebung des Mindestlohns im Programm zur Landtagswahl jedoch schon. Einerseits ist der Mindestlohn nicht Ländersache, weswegen es den Anschein erweckt, die NRW-SPD wolle sich mit den Federn der Bundes-SPD schmücken. Andererseits steht auch der Mindestlohn selbst in seiner jetzigen Höhe in der Kritik, welche auch der Landesvorstand der NRW-Jusos teilt. So müsste der Mindestlohn, um Armut verhindern zu können, laut übereinstimmender Studien verschiedener Institute bei über zehn Euro liegen. „Daran arbeiten wir noch“, gibt der Landesvorstand mit einem Grinsen zu. Insgesamt hätten die NRW-Sozialdemokrat\*innen viele ihrer Forderungen schon in der Regierungsverantwortung in der vergangenen Legislaturperiode umsetzen können.

## Wieder mal: SPD für Homo-Ehe

Inklusion solle laut Wahlprogramm der NRW-SPD nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in Schulen, im Sport sowie im Wohnviertel und in der Freizeit stattfinden. Am bisherigen Inklusionsplan wolle man weiter anknüpfen. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt wolle man Beratung und rechtliche Grundlagen verbessern.



107 Seiten umfasst der Entwurf des SPD-Wahlprogramms „Der NRW-Plan“. (Foto: dav)





Hannelore Kraft ist Spitzenkandidatin der SPD in NRW. (Foto: SPD Saar/ flick.com/ CC-BY-ND 2.0)

Die Chancengleichheit solle auch für alleinerziehende Elternteile verbessert werden. Kinder dürften kein Armutsrisiko und Karrierehindernis sein. Generell sei der Familienbegriff heutzutage vielfältiger zu verstehen, weswegen die SPD für eine Ehe von gleichgeschlechtlichen Paaren eintreten will. Die gesetzliche Gleichstellung homosexueller mit heterosexuellen Partner\*innenschaften sei längst überfällig, auch im Bereich des Adoptionsrechts. Insbesondere das Steuerrecht gehe derzeit an der Lebenswirklichkeit vieler Familien vorbei. „Wir stehen für einen generellen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik, der das Kind in den Fokus der Leistungen rückt. Deshalb wollen wir auch unverheiratete Paare mit Kindern und Alleinerziehende steuerlich besserstellen“, heißt es im Wahlprogramm.

Nicht nur LGTBIQ\*-Menschen, sondern auch Frauen erfahren im Berufsalltag immer wieder Benachteiligungen, weswegen im SPD Wahlprogramm das Credo „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ gilt. Im gleichen Atemzug kündigt die SPD an, Gehaltsunterschiede aufgrund des Geschlechts in landeseigenen Betrieben überprüfen zu lassen.

### Migration: Differenzen zwischen SPD und Jusos

Für die Abschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan und die Einschätzung als sicheres Herkunftsland gab es zuletzt Kritik an der bisherigen NRW-Regierung. In der Umsetzung und Verschärfung der Wohnsitzauflage zeigte sich die Landesregierung im bundesweiten Vergleich ebenfalls ungewöhnlich hart für eine rot-grüne Koalition.

Auch zwischen Jusos und SPD scheint das Thema für Diskussionsstoff zu sorgen. Während die SPD in ihrem Wahlprogramm schreibt, dass man sich dafür einsetzen wolle, Einwanderung stärker zu lenken und sie nur gesteuert und kontrolliert gelingen könne, erwidern die Jungsozialist\*innen vom Landesvorstand: „Das Ziel der Jusos ist ein globales Recht auf Migration. Wir würden nicht sagen, dass Einwanderung nur gesteuert und kontrolliert gelingen kann.“ Auch bei der Abschiebung geflüchteter Menschen positionieren sie sich konträr zur Mutterpartei: „Wir [setzen] uns klar gegen jede Form von Abschiebungen [ein] und sind auch dementsprechend unglücklich mit der Umsetzung von Bundesgesetzgebungen in NRW. So haben die Abschiebungen nach Afghanistan in unseren Reihen große Proteste hervorgerufen, die wir auch in die NRW-SPD und in Richtung der Abgeordneten eindeutig gespiegelt haben.“ Ob sie nur durch Gespräche die Mutterpartei tatsächlich beeinflussen werden können, bleibt zu bezweifeln.

Dass die SPD auch populistisch agieren kann, beweist sie im Übrigen mit der Forderung: „Wer (...) Gesetze nicht achtet, muss die straf- und aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen, ein beschleunigtes Ausweisungs- und Abschiebungsverfahren eingeschlossen, tragen.“ Dennoch will die SPD im Bereich der Sprachkurse bei der Integration nachrüsten. Das soll sich nicht nur durch eine höhere Anzahl an Sprachkursen verdeutlichen, sondern auch durch die Vermittlung von Sprachkenntnissen auf dem Niveau C1. Bislang war B1 das angesetzte Sprachniveau. Auch Kinder und Jugendliche müssten schneller in Ausbildung, Schule und Studium integriert werden.

### Geordneter Kohleausstieg

Neben der Migration ist auch die Klimapolitik der SPD ein kontrovers diskutiertes Feld. So kritisiert Johannes Rimmel, Vize-Spitzenkandidat der NRW-Grünen, dass es keinen konkreten Ausstiegsfahrplan für die Braunkohle und auch kein Marktinstrument zur Einführung von Elektroautos gebe. Der Ausstieg aus der Atomenergie sei wichtig und richtig, betont das Wahlprogramm der SPD, auch erneuerbare Energien und Arbeitsplätze in diesem Bereich wolle man ausbauen. Dabei dürfe man jedoch nichts überstürzen. „Fossile Stromerzeugung Zug um Zug ersetzen. Die Versorgungssicherheit muss aber zu jeder Zeit gewährleistet sein“, so das Wahlprogramm. Einen klaren zeitlichen Rahmen, wie ihn Grüne und Linke mit einem Kohleausstieg bis 2035 vorlegen, gibt es bei der SPD allerdings nicht.

Auch der Landesvorstand der NRW-Jusos erklärt, dass ein Ausstieg nicht von heute auf morgen möglich sei: „Bei der Stein- wie Braunkohle können wir den Ausstieg (...) nicht auf ökologische Auswirkungen verengen.“ Stattdessen stehe man für einen geordneten Ausstieg, der sowohl beschäftigungspolitische Alternativen als auch ein Vorschreiten der Energiewende voraussetze. [dav]

## Bilden!

### Graue Wölfe und türkischer Nationalismus



Die Grauen Wölfe, Anhänger\*innen der ultranationalistischen türkischen Partei MHP, streben ein großtürkisches Reich an. Sie positionieren sich unter anderem gegen Jüd\*innen, Kurd\*innen, Christ\*innen, Armenier\*innen, Linke sowie die EU und die USA. Auch in Deutschland haben sie großen Zulauf und verbreiten ihre Ideologie. Politikwissenschaftlerin Alia Sembol stellt in ihrem Vortrag Vereine in den Fokus, die ein extrem rechtes, völkisches und rassistisches Türkentum anstreben.

↗ **Mittwoch, 15. März, 19 bis 22 Uhr, AZ Mühlheim, Auerstraße 51, Eintritt frei**

## Bestaunen!

### Theater gegen Antisemitismus

Sechs junge Schauspieler haben nach einer gemeinsamen Auschwitzfahrt ein Theaterstück geschrieben, in dem sie ein Zeichen gegen Antisemitismus, für Versöhnung und Dialog setzen wollen. Das Stück handelt davon, wie Hass und Vorurteile von einer Generation auf die nächste übertragen werden. Im Anschluss berichten die Schauspieler von ihren eigenen Erfahrungen mit dem Thema Antisemitismus und ihrem Einsatz für Zivilcourage und Menschenrechte.

↗ **Donnerstag, 23. März, 19:30 Uhr, Bürgerhaus Oststadt, Schuldenweg 37-41, Essen, Eintritt frei**

## Ballern!

### Why so serious?

Hoch die Hände, Wochenende! Bewegt eure lethargische Biomasse vom Sofa direkt auf die Tanzfläche des Druckluftes, wo schrille Beats und tosende Bässe auf euch warten. Fabio, Flip, Nachtschicht und viele andere der wochenendlichen Abendkzess zelebrierenden Partygestalten wollen euer inneres, zappelwütiges Tanzkamel wecken.

↗ **Freitag, 24. März, ab 23 Uhr, Druckluft Oberhausen, Am Förderturm 27, Eintritt 11 Euro**

# Identitäres Banner an der UDE: Hin und fort

Die neurechten Identitären versuchten am Mittwoch, 8. März, an der Universität Duisburg-Essen Aufmerksamkeit zu erregen. Dafür hängten sie über den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) ein kleines Banner mit Logo und einem Spruch der Gruppierung. Studierende hatten es aber sofort entfernt und den Aktionsrechten damit die Bühne genommen.

„Das Banner hing über dem AStA. Dann kam ein Windstoß und es fiel leider zu Boden. Weil wir umweltbewusste Studierende sind, haben wir das Banner mitgenommen“, umschreibt Linda\*, die das Transparent der selbsternannten „Identitären Bewegung“ entfernt hatte. Jetzt sei das Banner jedenfalls weit weg – zumindest von der Öffentlichkeit. Denn das, was die Identitären erreichen wollen, ist vor allem eins: unkritische Medien- und Öffentlichkeitspräsenz für ihre Botschaften.

Durch gezielte Aktionen mit Sprüchen auf Bannern – meist gegen Zuwanderung und an Sehenswürdigkeiten wie dem Brandenburger Tor – wollen die autoritär und hierarchisch organisierten Rechten völkische und rassistische Parolen verbreiten. Durch medienwirksame Aktionen soll der Anschein erweckt werden, dass hinter der Gruppe eine zahlenmäßig große „Bewegung“ stehe.

## Volk und Neue Rechte inside

Jung, hip und vor allem nicht ewiggestrig, so wollen die Identitären dabei insbesondere gegenüber einer jungen Zielgruppe auftreten. „Die Identitären vertreten ein völkisches Gedankengut, das sie jedoch meist in eine ‚harmlosere‘ Sprache kleiden“, sagt Verena Grün, Redakteurin beim antifaschistischen Magazin *Lotta*, das sich in Ausgabe 64 in einem Schwerpunkt mit der Neuen Rechten beschäftigt. Sie nennt als Beispiel den mittlerweile zirka drei Jahre alten Slogan „0% Rassismus, 100% identitär“ der Gruppe: „Scheinbar distanziert man sich hier von Rassismus, gleichzeitig wird über die Verwendung des Wortes ‚identitär‘ eine Zugehörigkeit beschrieben, die klar völkisch definiert ist und damit auf Abstammung beruht.“

Grün ordnet ein: „Die ‚Identitäre Bewegung‘ ist nur in enger Verbindung zur sogenannten Neuen Rechten zu verstehen.“ Diese versuche, eine „intellektuelle“ politische rechte Strömung zu schaffen, mit Begrifflichkeiten, die nicht sofort in die Nazi-Ecke gestellt werden könnten und mit einer neuen Inszenierungsform. „Strategisch ist auch der Begriff der Metapolitik bedeutsam. Hier geht es nämlich genau darum, den vopolitischen Raum zu beeinflussen und eine ‚kulturelle Hegemonie‘ zu erlangen, um die Gesellschaft so in Richtung des eigenen Ideals zu verändern“,



Hier könnte ein Spruch der rechten und völkischen Identitären hängen. Tut er aber nicht mehr, denn Studierende hatten ihn abgenommen. (Foto: mac)

sagt *Lotta*-Redakteurin Grün. Ältere „intellektuelle Rechte“ vernetzen sich dafür im Institut für Staatspolitik um Verleger Götz Kubitschek in Schnellroda mit den jüngeren und aktivistischeren Mitgliedern der Identitären.

## Connections zu AfD, JA und Burschenschaften

Die in Frankreich entstandenen Identitären, deren Name an sich mehr oder weniger beliebig gefüllt und gedeutet werden kann, vernetzen sich in Deutschland außerdem aktiv mit der AfD, ihrer Jugendorganisation Junge Alternative (JA) und mit Burschenschaften. Oft dementieren, manchmal bejahen AfD-Organisationen eine Zusammenarbeit. Die völkisch-nationalistische Patriotische Plattform innerhalb der Partei bekannte aber schon Mitte 2016 auf ihrem Blog: „Wir sind identitär!“

Mutmaßliche Gründe, warum die Identitären gerade an der Universität Duisburg-Essen aktiv wurden, gibt es viele. Bislang gibt es aber keinen Post von den neurechten Gruppen zur Aktion in den Sozialen Netzwerken. AStA-Vorsitzende Nadine Bendahou (Internationale Liste) verweist derweil auf rassistische Plakate der Identitären, die bereits im vergangenen Jahr auf dem Campus Duisburg aufgetaucht waren. Die Pressestelle der Universität wollte die Aktion der rechten Gruppierung auf Anfrage der aktuell nicht offiziell kommentieren.

## Eine notwendige Auseinandersetzung

„Die Identitäre Bewegung glaubt, dass das Bildungssystem zur ‚strukturellen Umerziehung‘ dient und ‚Scham und Selbsthass‘ anerzieht. Das war kein Angriff auf den AStA, sondern auf alle Studierenden und auf alle kritische Wissenschaften“, so die Studierendenvertretung. Sie lehne die neofaschistische, zutiefst rassistische und reaktionäre Ideologie der Identitären, die als Feindbild

alle Muslim\*as stigmatisiere, ab. Vorsitzende Bendahou ruft zum gemeinsamen Gegenhalten auf: „Wehrt euch, werdet laut, überlasst Nazis nicht einen Millimeter Raum – ob auf der Straße, an Wänden oder Fassaden, in den Köpfen der Menschen oder in der virtuellen Welt.“

So schnell, wie das Banner da war, war es also auch schon wieder weg. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem völkischen und nationalistischen Gedankengut der Identitären und eine damit verbundene Aufklärung ist jedoch notwendig. Auch *Lotta*-Redakteurin Grün findet: „Die Aktionsform stellt Medien und Gesellschaft vor eine Herausforderung: Jede Thematisierung sorgt für weitere Verbreitung. Nicht-Thematisierung hingegen ist ebenfalls keine Alternative.“ [mac]

\*Name der Redaktion bekannt

## Warum wir auf eine Abbildung verzichten

Der aktuell liegen Fotos des Transparentes vor, das die Identitären versucht hatten, auf dem Campus zu platzieren. Auf eine Veröffentlichung wird aber verzichtet. Der Grund: Die kleine Gruppe extrem Rechter versucht mit dem Aufhängen von Sprüchen möglichst viel Aufmerksamkeit und Reichweite zu bekommen. Expert\*innen, wie Politikwissenschaftler Samuel Salzborn, beschreiben es so: „Im Kern besteht die Strategie darin, Medien dazu zu bringen, kostenlos Werbung für rassistische Positionen abzudrucken, denn der reale Nachrichtenwert der Bilder ist de facto gleich null.“ Er rät in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Rundschau* dazu, keine Fotos der Aktionen zu verbreiten: „Nimmt man den neurechten Strategen konsequent durch eine visuelle Dethematisierung den öffentlichen Raum, dann erscheinen ihre völkischen, rassistischen und antisemitischen Parolen auch nicht mehr als diskutabel.“



# "Die Bilder sollen lieber penetrant als elegant sein"



Ausstellungsbesucherinnen vor „Doppelselbstporträt mit Kamera“ von 1974. (Foto: Lorenza Kaib)

**Mit der Ausstellung Maria Lassnig sind bis zum 21. Mai die Arbeiten einer der bedeutendsten Künstlerinnen Österreichs des 20. Jahrhunderts im Essener Folkwang Museum zu sehen. In Essen macht sie ihren dritten Halt und tourt anschließend weiter durch Osteuropa. Zu sehen sind Arbeiten aus ihrer gesamten Schaffenszeit von 1945 bis 2013.**

Von Gastautorin Lorenza Kaib

Eine junge Frau macht sich 1940 von Kärnten nach Wien auf, um Kunst zu studieren. Während des Zweiten Weltkrieges wird sie zunächst aus ihrer Malerei-Klasse geworfen – ihre Arbeiten gelten als entartete Kunst – dann muss sie fliehen. Ihr erstes Selbstporträt entsteht auf der Flucht. Seitdem ist dieses Genre ein zentrales Thema ihrer Kunst. Sie sagt selbst, dass all ihre Bilder Selbstporträts seien. Sie malt im Liegen, macht sich Gedanken zu den Grenzen des Körpers: Wenn ich etwa auf einem Stuhl sitze, wird er nicht dann auch Teil von mir, ich Teil von ihm? Was zunächst absurd klingen mag, ist doch so grundlegend: die Grenzen zwischen mir und meiner Umwelt definieren. Diese Frau, Maria Lassnig, lebt ein kosmopolitisches Leben, hat sich der Kunst ganz und gar verschrieben. Doch ist die Kunst nicht nur wichtig für sie, Lassnig selbst ist eine wichtige Person für die Kunst des 20. Jahrhunderts. 1974 gründet sie mit anderen Künstlerinnen in New York die Women/Artist/Filmmakers Inc. Von 1980 bis 1989 hat sie als erste Frau im deutschsprachigen Raum eine Professur für Malerei an der Hochschule für angewandte Kunst in Wien inne. Am vergangenen Donnerstag, 9. März, wurde die Ausstellung Maria Lassnig eröffnet.

## „Ich male Empfindungen vom Körper.“

Im gedimmten Licht der Museumshalle warten die Besucher\*innen der Eröffnung auf den offiziellen Beginn der Veranstaltung. Die meisten befinden sich im – für Kunstinteressierte typischen – mittleren Alter, ein paar Jugendliche und

Studierende haben sich dazwischen gemischt. Es geht international zu – die Anwesenden sprechen deutsch, englisch, italienisch. Nach der Begrüßung durch den Folkwang-Museumsdirektor Tobias Bezzola sprachen Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU), der Direktor der Maria Lassnig-Stiftung Peter Pakesch – und als letzte die Kuratorin für Zeitgenössische Kunst des Folkwang Museums Anna Fricke. Kufen lobt die Stadt Essen und das Museum und nutzt die Internationalität der Ausstellung, um Essen als europäisch und mutig zu bewerben. Dabei schlägt er einen holprigen Bogen von der Ausstellungseröffnung über den Grüne Hauptstadt 2017-Titel zurück zur Ruhr 2010.

Stiftungsleiter Pakesch spricht davon, dass Lassnig eine „spezifisch weibliche Stimme in der Kunst“ sei und betont ihre Innovationskraft – welche er ebenfalls in Tradition zum kulturellen Wien verstanden haben will. Fricke geht direkt ans Eingemachte, taucht ein in den Bildkosmos von Maria Lassnig und macht ihn den Anwesenden anhand von einzelnen Werken und der Biografie der Künstlerin verständlich. Lassnig bleibe immer beim Thema, trotz unterschiedlicher Stile und Wohnorte, betont Fricke. „Sie ist sich der Unmöglichkeit ihres Vorhabens bewusst“, stellt sie im Bezug auf Lassnigs Darstellung von Körpergefühlen fest. Die Kuratorin schließt ihren Beitrag mit der zuversichtlichen Prognose, dass das Werk der Künstlerin weiter an Bedeutung gewinnen und bekannter werden wird, auch im Zuge der Digitalisierung, welche weitere Fragen hinsichtlich von Materialist und Körperlichkeit aufwerfe. Das Licht geht wieder an, die Besucher\*innen – deren Neugierde durch das Sprechen über Maria Lassnigs Arbeiten befeuert wurde – strömen jetzt in die eröffneten Ausstellungsräume.

## „Es gibt zu wenig Wörter, deswegen male ich ja.“

In den eher kleinen Räumen, die in die Ausstellungshalle eingezogen wurden, wartet auf das Publikum nicht nur die Begegnung mit Maria Lassnigs Arbeiten, es vollzieht sich mit ihnen

### Termine zur Ausstellung

**Fr., 17. März | 18:00 Uhr**  
Kuratoren führen – Anna Fricke: Maria Lassnig  
Teilnahmebeitrag 3 € / 1,50 € ermäßigt

**So., 19. März | 12:00 Uhr**  
Öffentliche Führung: Maria Lassnig  
Kostenfrei mit Eintrittskarte und  
Teilnahmesticker

**So., 26. März | 12:00 Uhr**  
Öffentliche Führung: Maria Lassnig  
Kostenfrei mit Eintrittskarte und  
Teilnahmesticker

**So., 26. März | 14:00 Uhr**  
Öffentliche Führung: Das Prinzip der  
Formlosigkeit – Informel  
Kostenfrei mit Teilnahmesticker

auch eine komprimierte Reise durch die moderne Kunstgeschichte ab 1945. Sie wird etwa vom Surrealismus, Informel, abstrakter Malerei und Realismus beeinflusst – und beeinflusste diese Strömungen wiederum selbst. Auch die von ihr gewählten Techniken decken eine ganze Bandbreite ab: Zur Malerei kommt durch ihre Schaffenszeit in New York etwa die Auseinandersetzung mit dem Trickfilm hinzu. Was all den Arbeiten zugrunde liegenden technischen wie auch konzeptuellen Herangehensweisen verbindet, ist Lassnigs übergeordnetes Thema: die eigene Körperwahrnehmung.

Der Feminismus in Lassnigs Arbeiten ist subtil, nur in wenigen Arbeiten nicht nur spürbar, sondern auch greifbar. In ‚Gynäkologie‘ setzt sie sich etwa mit der Darstellung einer Geburt auseinander, bei der Serie ‚Küchenkrieg‘ liegt schon viel Bedeutung im Titel. In einem der Bilder der Serie zeigt sie sich mit einem Topf auf dem Kopf, der die Hälfte ihres Kopfes bedeckt, der geöffnete Mund bleibt sichtbar. In ‚Couples‘, einem der in New York entstandenen und in der Ausstellung gezeigten Animationsfilm, beschäftigt sich Lassnig intensiv mit Sexualität und Beziehungen.

Weitere Themen, die zum Ende ihres Lebens in den Vordergrund dringen, sind das Altern, Krankheiten und der Umgang mit dem Tod. Im letzten Teil der Ausstellung sind Arbeiten versammelt, in denen sie diese Prozesse verarbeitet, wie etwa den Tod ihrer Mutter in ‚Beweinung‘ von 1964 und ihre eigenen körperlichen Leiden in ‚Krankenhaus‘ von 2005. Nicht zuletzt ist auch Lassnigs Sprache bemerkenswert, mit welcher sie einfach und dabei doch poetisch ihre Titel setzt und ihr Anliegen auf den Punkt bringt. Gleiches gilt für ihre Bildsprache: mit schönen Farben und Farbkompositionen schafft sie eben keine schönen und einfach konsumierbaren Bilder, sondern Arbeiten, die tiefer gehen.

# Hauptsache Europa

Es ist ein sonniger Frühlingstag. Der blaue Himmel strahlt mit den dutzenden königsblauen Europaflaggen auf dem Willy-Brandt-Platz um die Wette. Moment, Flaggen? Richtig gelesen. Am Sonntag, 12. März, zogen in Essen so wie in 35 anderen deutschen Städten hunderte Pro-Europa-Demonstrierende durch die Innenstadt. Unter dem Namen „Pulse of Europe“ wächst gerade eine bundesweite Bürger\*innenbewegung. Wir haben uns unter die Europäer\*innen gemischt und gefragt, wofür die Menschen die Fahnen schwenken.

„Ich finde es sehr schön, dass wir nicht gegen sondern für etwas demonstrieren: Für Europa“, sagt einer der Organisator\*innen am offenen Mikrofon. Das fasst Pulse of Europe zusammen, denn bei der im Aufbau befindenden Bürger\*innenbewegung wird laut Flyer für etwas protestiert: Frieden, Freizügigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Dienstleistungsfreiheit, Gerechtigkeit und eben Europa. Die Bewegung lebt von einer Pro-Stimmung: Jeden Sonntag wird gelacht, gesungen und geklatscht. Auf der Kundgebung gab es alleine 24 Mal Applaus.

Neben der Bestätigung soll auch ein Bedrohungsszenario die Menschen auf die Straße ziehen. „Wenn nicht alle, denen Europa wichtig ist oder die auch nur davon profitieren, aktiver werden und wählen gehen, droht die Europäische Union in Kürze zu zerfallen“ und „der Friede steht auf dem Spiel“, heißt es eingangs auf der Demonstration aus den zehn Thesen, die sich die Bewegung gegeben hat. Individuelle Freiheiten und Wohlstand – für die Menschen in der EU – sollen erhalten werden.

## Fast gegen Nationalismus

Deshalb werde auch gegen etwas demonstriert: Gegen rechte und antieuropäische Kräfte. So heißt es von einem der Organisatoren: „Der Geert muss weg.“ Gemeint ist der niederländische Vorsitzende der rechten Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit), Geert Wilders, der bei den Wahlen in dieser Woche die Regierung übernehmen will. „Wir denken am kommenden Mittwoch an die Niederlande: Blijf bij ons, blijf bij Europa“, heißt es.

Gegen rechte Kräfte, gegen Nationalismus – nicht ganz. In den zehn Thesen heißt es auch: „Vielfalt zu erhalten, regionale und nationale Identitäten zu erhalten, muss europäisches Programm sein.“ Es wird von „den Polen und Ungarn“ gesprochen. Als es durch die Innenstadt geht, stimmen vereinzelt Menschen statt „Wir sind das



Stelzenlauf durch Essen: 400 Menschen demonstrieren für europäischen Puls. (Foto: mac)

Volk!“ den Chor „Wir sind Europa!“ an. Auf Nachfrage der aktuell, ob man Nationalstaaten nicht durch eine Nation Europa ersetze, sagt Organisator Wolfgang Berude: „Ich bin deutscher Europäer. Ich betrachte mich als Europäer, aber ich bin nunmal hier geboren und lebe auch gerne hier.“

## Positive Energie statt kritischem Diskurs

Die Abschottung der EU – angesichts 10.000 Toten im Mittelmeer seit 2014 – wird nichtmal angesprochen. „Es ist nicht unser Thema, Tagespolitik zu betreiben. Natürlich sind auch Flüchtlinge hier herzlich willkommen. Menschen, die Schutz suchen, müssen diesen auch bekommen“, sagt Organisator Berude. Diskussionen über Geflüchtetenpolitik seien nicht geführt worden, weil es ein kompliziertes Thema sei, zu dem man in der heterogenen Bewegung unterschiedliche Meinungen habe, auch wenn man generell für Asyl sei. Dass durch die europäische Politik Grund- und Menschenrechte ausgehebelt werden, wird verschwiegen, obwohl man gerade dafür auf die Straße gehe.

So nimmt man sich auf dem Burgplatz lieber an den Händen und „sendet positive Energien aus“. Der musikalische Puls der Pro-Europa-Bewegung, er wird in voller Lautstärke mit der Hymne der Europäischen Union gleich zweimal angestimmt. Die einzigen kritischen Stimmen, vier Jugendliche am Rande des Flashmobs, werden von den Teilnehmer\*innen unsanft stehen gelassen, als sie Waffenexporte nach Afghanistan ansprechen. „Afghanistan ist nicht Naher Osten – bisschen Geographieunterricht!“ sagt eine Frau mittleren Alters während sie mit ihrer Europaflagge an der Jacke kehrt macht. Das sind aber auch keine Schönwetter-Themen. Da kann man schonmal erhöhten Puls kriegen. [mac]

## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

**Projektkoordination:** Katharina Herbrich

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Mirjam Ratmann (rat), Sarah Dannehl (caro)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@aktuell.de

**Web:** www.aktuell.de

## HIRNAKROBATIK

		5	4	6	
6				2	
7	3	2	6	8	
1	8	7	5	4	
		7	9	6	2 1
		8	3	2	9 5
		2			3
1		6	7		

## WOHNHEIMGESCHICHTEN

